



# Eine-Welt-Presse

Nord-Süd-Zeitung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

Nr. 1 / 2009 | 26. Jahrgang | ISSN 1614-5437



## Nahrungsmittelkrise zwingt zum Umdenken Landwirtschaft am Scheideweg

1,02 Milliarden Menschen hungern auf der Welt, etwa 160 Millionen mehr als Anfang der 1990er Jahre. Das gab die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) im Juni 2009 bekannt. Damit ist die Menschheit weit von der Verwirklichung des UN-Millenniums-Entwicklungsziels entfernt, die Zahl der hungernden Menschen bis 2015 im Vergleich zu 1990 zu halbieren.

Frank Kürschner-Pelkmann

Überraschend an den Ernährungsstatistiken: Fast 80 Prozent der hungernden Menschen leben in ländlichen Gebieten. Millionen Kleinbauernfamilien besitzen nur sehr kleine Felder, es fehlt an Beratung und Unterstützung bei Anbau und Vermarktung. So konnten viele Bauernfamilien 2007/2008 nicht einmal von steigenden Preisen für Mais, Weizen und Reis profitieren. Zwar verkaufen sie nach der Ernte einen Teil ihrer Erträge, aber die Rücklagen für den Eigenverbrauch reichen meist nicht für das ganze Jahr aus. Dann muss notgedrungen Mais oder Reis zu hohen

Preisen hinzugekauft werden. Den Landarbeiterfamilien geht es häufig noch schlechter. Sie werden nur einige Monate im Jahr für Feldbearbeitung, Aussaat und Ernte beschäftigt. Das übrige Jahr sind sie ohne Einkommen. Steigende Weltmarktpreise für Agrarprodukte führen selten zu höheren Löhnen, aber die Familien spüren das ganze Jahr über, dass sie im Dorf Laden mehr für die Grundnahrungsmittel bezahlen müssen. In den letzten Jahrzehnten wurden Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien in der Förderung der Landwirtschaft vernachlässigt. Erfolgreiche Bauern, die für den globalen Markt produzierten, wurden dagegen intensiv bera-

ten und unterstützt. Gleichzeitig sanken die Entwicklungsgelder für die Landwirtschaft seit 1990 auf ein Viertel. Entsprechend wenig Unterstützung kam bei den Kleinbauern an. Agrarexpertin Marita Wiggerthale von der Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation Oxfam hält die verbliebenen fünf Milliarden Dollar zur Förderung der Landwirtschaft im Süden der Welt für völlig unzureichend: „Um Bauern und Bäuerinnen in Entwicklungsländern eine Chance zu geben, dauerhaft für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können, sind mindestens 25 Milliarden US-Dollar nötig.“ Zum Vergleich: 2008 zahlten die Industriestaaten ihren Landwirten und Agrarunternehmen insgesamt 265 Milliarden US-Dollar Subventionen.

### Eine Krise verschärft sich

Durch die wachsende Weltbevölkerung erhöht sich der Bedarf an Nahrungsmitteln kontinuierlich.

Jedes Jahr kommen 80 Millionen Menschen hinzu. Deshalb hat sich nicht nur in China die Einsicht durchgesetzt, dass eine aktive Bevölkerungspolitik für weniger Geburten unverzichtbar für eine Ernährungssicherung ist. Bis 2050 wird sich die Weltbevölkerung aber auch bei Erfolgen in der Familienplanung von etwa 6,7 auf 9 Milliarden Menschen vergrößern. Dazu wächst die Konkurrenz um die knappen Agrarerzeugnisse durch die Verarbeitung von Zuckerrohr, Mais und anderen Pflanzen zu Agrarkraftstoff. Umstritten bleibt auch die von westlichen Regierungen und der Welthandelsorganisation WTO betriebene Politik der Öffnung der Märkte ärmerer Länder für Agrarprodukte aus Europa und Nordamerika. Hochsubventionierte Milchprodukte, Hühnerteile und Tomatenmark rauben den armen Produzenten in Entwicklungsländern ihre lokalen Absatzmärkte. Misereor-

Hauptgeschäftsführer Josef Sayer verweist auf die Erfahrungen des katholischen Hilfswerkes: „Aus allen Regionen der Welt berichten unsere Projektpartner über die verheerenden Auswirkungen von Freihandelsabkommen.“ Dass die EU in den nächsten Jahren die Milchquoten erhöhen und Überschüsse mithilfe hoher Subventionen exportieren will, stößt auf Widerstand. Bernd Voß, Milchbauer und Vorstandsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL), kritisiert diese Politik: „Das ist katastrophal für die Milchbauern, denn mehr Quote erhöht den Druck auf die Erzeugerpreise. Lediglich die exportorientierte Milchwirtschaft profitiert von dieser Regelung, sie will überschüssige Milchprodukte billig auf dem Weltmarkt absetzen. Sowohl für kostendeckendere Erzeugerpreise in Deutschland und Europa als auch für fairere Handelsbedingungen ist es not-

SEITE

3



Probleme der konventionellen Landwirtschaft

SEITE

4



Das Recht auf angemessene Nahrung

SEITE

5



Patente auf Nutztiere und Saatgut

SEITE

5



Süßkartoffeln statt Gen-Reis

SEITE

6



Bioenergie und Nachhaltigkeit

SEITE

7



Interview: „Nahrungsmittelpreise erhöhen!“

SEITE

8

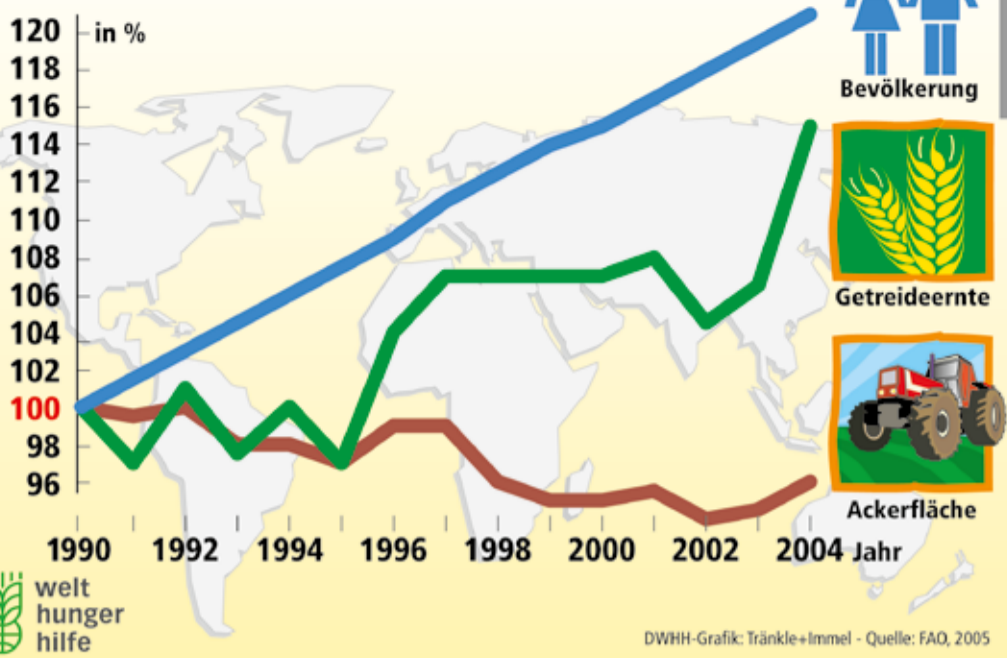


Biologisch angebaut und fair gehandelt



## Wettlauf um Nahrung und Ackerflächen

Die Weltbevölkerung wächst schneller als die Getreideproduktion



Fortsetzung von Seite 1

wendig, die Milchmenge in Europa bedarfsgerecht an den Markt anzupassen.“

### „Eine Form des Neokolonialismus“

Nicht nur für Agrarprodukte, auch für Ackerland gibt es inzwischen einen globalen Markt. Finanzstarke Regierungen und Unternehmen pachten große Ländereien in Entwicklungsländern. So hat Laos bereits 15 Prozent seines Staatsgebiets für bis zu 70 Jahre an ausländische Interessenten verpachtet, die nun von Zuckerrohr über Akazienbäume bis hin zu Reis alles anbauen, was auf internationalen Märkten Gewinn verspricht.

Fruchtbare Ackerflächen in Afrika sind besonders begehrt. Manche der verpachteten Flächen sind mit wertvollen Wäldern bedeckt, andere werden seit Langem von der lokalen Bevölkerung bebaut. Der Zorn der Kleinbauernfamilien, die von ihrem Land vertrieben werden, ist groß. In Madagaskar wurde im März 2009 die Regierung auch deshalb gestürzt, weil sie dem koreanischen Mischkonzern Daewoo 1,3 Millionen Hektar Land zugesagt hatte. FAO-Generalsekretär Jacques Diouf nennt solche Projekte der Landnahme „eine Form des Neokolonialismus“.

### Landwirtschaft am Scheideweg

Es gibt unterschiedliche Konzepte dafür, wie alle Menschen ernährt werden können. „Wir brauchen eine zweite grüne Revolution“, erklärte Stefan Marcinowski, Vorstandsmitglied des Chemieunternehmens BASF, im Januar 2009 gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Die erforderlichen hohen Ernteerträge könnten nur mit Hilfe von Gentechnik, Düngemitteln, Pestiziden sowie moderner Landmaschinenteknik und besserem Wassermanagement erzielt werden. Verfechter dieses Konzepts verwei-



Weltweit leisten Frauen einen großen Teil der landwirtschaftlichen Arbeit wie hier beim Reisanbau in Liberia, aber nur selten besitzen sie das bearbeitete Land.

Foto: Pierre Holtz/IRIN

sen auf die Erfolge bei der ersten „grünen Revolution“ seit den 1960er Jahren durch den Einsatz von neu gezüchteten Hochertragspflanzen und dem vermehrten Einsatz von Agrarchemie.

Hochertragspflanzen benötigen allerdings viel Wasser, Dünger und andere Agrarchemie. Aber große Regionen in Afrika leiden nicht nur unter Wassermangel, sondern armen Bauern fehlt auch das Geld für den Kauf von Agrarchemie. Das UN-Umweltprogramm UNEP hat dies kürzlich anschaulich belegt: Eine Tonne Stickstoffdünger kostet in Europa etwa 90 US-Dollar, ab Hafen Mombasa schon 120 Dollar, im Westen Kenias 400 Dollar und in Malawi 770 Dollar. Dieser Dünger ist für arme Bauern schlicht unbezahlbar.

Jedes Jahr gehen weltweit 10 Millionen Hektar Acker- und Weideland durch Erosion auf Grund einer nicht angepassten Nutzung oder falschen Bewässerung verloren. Übernutzung ohne massiven Einsatz von Agrarchemie führt kurzfristig zu schweren



Drei Viertel der Menschen in Burma leben von der Landwirtschaft. Es ist oft eine sehr harte Arbeit wie hier das Pflügen eines Reisfeldes mithilfe von zwei Büffeln. Foto: UN Photo/NJ

Schädigungen der Böden, aber auch mit Agrarchemie bestehen hohe Risiken. Dass ihr Land keine Erträge mehr bringt, zwingt jedes Jahr Millionen Menschen zur Aufgabe ihrer Höfe und zur Abwanderung in die städtischen Slums.

Die herkömmliche Landwirtschaft hat sich auch als ungeeignet erwiesen, den Armen den Zugang zu Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Die gegenwärtig produzierten Nahrungsmittel würden für alle Menschen auf der Welt reichen – nur können die Armen sich diese Nahrungsmittel nicht leisten. Deshalb sind ländliche Entwicklungskonzepte gefragt, die den Armen und Hungernden direkt zugute kommen.

### Erfolge nachhaltiger Landwirtschaft

Eine wirklich zukunftsfähige Perspektive bietet nur eine nachhaltige Landwirtschaft. Für die Kleinbauernfamilien ist sie zu einer attraktiven Alternative geworden, wenn deren Einführung mit intensiver Beratung und Unterstützung verbunden ist. So lassen sich mit gezielten Mischkulturen große Erfolge gegen Schädlinge und Pflanzenkrankheiten

## Schlechte Geschäfte im „Tal der Schildkröten“

EU verletzt Recht auf Nahrung ghanaischer Tomatenbauern

Koluedor bedeutet „Tal der Schildkröten“. Und die 5.000 Bewohner des Dorfes Koluedor in der Nähe der ghanaischen Hauptstadt Accra kommen inzwischen wirtschaftlich allenfalls im Schildkrötempo voran. Die Dorfbewohner leben hauptsächlich vom Tomatenanbau. „Seit den 1990er Jahren haben wir Probleme bei der Vermarktung unserer Tomaten“, erklärt der Bauer John Hwago. „Wir hatten immer den Eindruck, dass die Marktfrauen uns über den Tisch ziehen.“ Während die Produktionskosten der Bauern steigen, sinken die Preise, die sie von den Marktfrauen erhalten. Viele Familien sind verschuldet und nicht mehr in der Lage, dreimal täglich eine Mahlzeit zu sich zu nehmen. Vor der Ernte leiden viele Hunger, am härtesten trifft es die Kinder.

Schuld sind jedoch nicht die Marktfrauen, es ist eine unfaire Handelspolitik. Auf dem städtischen Markt in Accra stapeln sich Tomatendosen mit Aufschriften wie Gino, Pómo oder La Perla. Die meisten stammen aus Italien, China und den USA. Die importierte Paste ist leicht zuzubereiten und trifft den Geschmack der Städter. Und sie ist billig aufgrund hoher Subventionen der EU und der USA. Zusätzlich drängen in jüngster Zeit auch noch Frischtomaten aus dem Nachbarland Burkina Faso auf den ghanaischen Markt. Der Marktanteil heimischer Tomaten ist seit 1998 von 92 auf 57 Prozent gesunken. Das spürt man auch in Koluedor.



Foto: Ulrich Döring

Auf Druck von Internationalem Währungsfonds und Weltbank hat Ghana seit den 1980er Jahren seinen Markt für Importe geöffnet. Billige Einfuhren von Tomatenmark, aber auch von Reis und Geflügelteilen, verdrängen die einheimischen Produkte von den Märkten. Früher hatte der Staat zudem die Bauern bei der Vermarktung mit Infrastruktur, günstigen Krediten und Saatgut großzügig unterstützt. Heute sind diese Dienstleistungen in privater Hand und die Kleinbauern auf sich selbst gestellt.

Um das Menschenrecht auf Nahrung dieser Bauernfamilien zu schützen, müsste die Regierung sie mehr unterstützen und die Importzölle für Tomatenpaste anheben. Doch dies wird in Zukunft gegenüber der EU nicht mehr möglich sein. Grund ist das EPA-Interimsabkommen (EPA = Economic Partnership Agreement). Entsprechend diesem Abkommen, dem die ghanaische Regierung Ende 2007 zugestimmt hat, ist Ghana verpflichtet, die Zölle für über 80 Prozent der Importe aus Europa bis 2023 ganz abzuschaffen. Und selbst für „sensible Produkte“ wie Tomaten und Geflügel dürfen die Zölle nicht über das derzeitige Niveau hinaus angehoben werden.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es noch. Bisher ist das EPA-Interimsabkommen zwar zwischen der EU und Ghana vereinbart, nicht aber ratifiziert. Sowohl in Ghana als auch in der EU kann das Abkommen noch durch die Parlamente gestoppt werden, oder sie können eine Neuverhandlung durchsetzen. Unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten wäre dies dringend geboten.

Von Armin Paasch, Handelsreferent von FIAN Deutschland

erzielen sowie gleichzeitig die Bodenqualität erhöhen. Eine Untersuchung von UNEP und UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) in Ostafrika kam zum Ergebnis, dass sich die Ernteerträge nach der Einführung von organischen oder fast-organischen Anbaumethoden um 128 Prozent erhöht haben. Shivaji Pandey, der FAO-Direktor für Pflanzenanbau und -schutz, ist überzeugt: „Die Welt hat keine Alternative dazu, eine Intensivierung des nachhaltigen Anbaus von Pflanzen voranzubringen, um den wachsenden Bedarf an Nahrung und Futter zu decken, Armut zu beseitigen und die natürlichen Ressourcen zu schützen.“

Mit der Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft muss eine Landreform zugunsten der Landarbeiter- und Kleinbauernfamilien einhergehen. Ohne ausreichend Land muss jeder Betrieb scheitern. Bisher sind vor allem Frauen stark benachteiligt. Im südlichen Afrika besitzen sie nur 1 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. Das Recht auf Nahrung und das Recht auf Land gehören untrennbar zusammen.

### Anders ernähren, damit andere nicht hungern

Erforderlich ist auch eine weltweite Veränderung der Ernährungsgewohnheiten. Für die Fleischerzeugung wird eine bis zu

zehnfach höhere Menge an Getreide und Wasser benötigt als für die Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel. Schon heute wird ein Drittel der Getreideernten als Viehfutter verwendet, und bis 2050 könnte dieser Anteil auf die Hälfte steigen. Mehr als 70 Prozent des Eiweißfutters in der hiesigen Tierhaltung wird importiert, vor allem aus dem Süden der Welt. Das erhöht dort den Druck zur Umwandlung von Regenwaldflächen in Ackerflächen und erschwert eine Ernährungssicherung für die heimische Bevölkerung. Globale Konzepte zur Umstellung der Landwirtschaft und kleine eigene Schritte beim täglichen Einkauf können einander ergänzen, damit bald alle genug zu essen haben.



Der Klimawandel trifft Kleinbauernfamilien besonders hart. Wenn Trockenheit den Mais verdorren lässt, geht jegliches Einkommen verloren. Foto: FAO/Giulio Napolitano



# Ungeeignet für den Kampf gegen Hunger

## Probleme der konventionellen, nicht-nachhaltigen Landwirtschaft



Foto: Still Pictures

Maschinen ersetzen in der herkömmlichen Landwirtschaft immer stärker Menschen wie hier beim Anbau von Zuckerrohr für die Erzeugung von Agrarenergie. Oft geht dieser Anbau zulasten der Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung. Foto: FAO/Giuseppe Bizzarri

Theodor Friedrich

**Die Bekämpfung des Hungers in der Welt war schon ein wichtiges Ziel, als die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) im Jahre 1946 gegründet wurde. Nicht zuletzt mit der „grünen Revolution“ schien es in den 1960er Jahren Teilerfolge im Kampf gegen den Hunger zu geben.**

Grundlage der „grünen Revolution“ war die Einführung ertragreicherer Sorten, so beim Reis, sowie die verstärkte Nutzung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln. Dadurch konnte insbesondere auf dem indischen Subkontinent die Ernährungslage deutlich verbessert werden. Dennoch hungerten 1996 noch 800 Millionen Menschen, seither ist diese Zahl auf mehr als eine Milliarde gestiegen. Dabei werden global genügend Nahrungsmittel produziert, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Dass es dennoch zu Hunger kommt, liegt an der Verteilung und dem Zugang zu Nahrungsmitteln. Hunger ist also vor allem ein soziales und ökonomisches Problem. Das zeigte sich erneut am sprunghaften Anstieg der Nahrungsmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008, verursacht durch Missernten sowie die Spekulation mit Biokraftstoffen und Nahrungsmitteln an internationalen Finanzmärkten. Ökonomisch schwache Länder leiden besonders unter solchen Krisen, wenn sie stark von Nahrungsmittelimporten abhängig sind. Auch in einer globalisierten Welt ist es daher sinnvoll, Nahrungsmittel möglichst dort zu produzieren, wo sie benötigt werden. Zu den größten Herausforderungen für die Landwirtschaft gehört der Anstieg der Weltbevölkerung von derzeit sechs auf über neun Milliarden Menschen im Jahr 2050. Zusammen mit höheren

Ansprüchen an Nahrungsmittel, wie z.B. einem gesteigerten Fleisch- und Milchkonsum, wird die Pflanzenproduktion in diesem Zeitraum verdoppelt werden müssen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Zusätzlich wird die Landwirtschaft nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie produzieren müssen.

### Grenzen der Hohertragsorten

Produktionszuwachs wurde in den letzten Jahrzehnten vorwiegend durch technischen Fortschritt erzielt, z.B. durch Hohertragsorten, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, Mechanisierung sowie Bewässerung. Allerdings ist fraglich, ob die bisherige Art des technischen Fortschrittes auch in Zukunft die Lösung des Problems sein wird. Bereits jetzt steigt der Ertragszuwachs langsamer als in den vergangenen Jahren. Darüber hinaus können Höchstträge oft nur mit steigendem Aufwand an Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln erzeugt werden. In einigen Fällen, so in Indien, können Erträge trotz hoher Düngergaben nicht mehr gehalten werden.

In weiten Teilen Afrikas führt hoher Düngeraufwand nur zu vergleichsweise bescheidenen Erträgen. Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelrückstände belasten die Umwelt, knappe Wasserressourcen werden verschwendet und die Bodenerosion nimmt zu. Die intensive Landwirtschaft trägt mit 14 Prozent der Treibhausgasemissionen (Stickoxide, Methan und Kohlendioxid) erheblich zum Klimawandel bei.

### Folgen der intensiven Bodenbearbeitung

Eine Intensivierung der Landwirtschaft war bisher gleichbedeutend mit einer Intensivierung der Bodenbearbeitung, d.h. tiefes und regelmäßiges Pflügen der Böden sowie intensive Lockerung zur Saatbettbereitung. Besonders in tropischen Gebieten, bedingt durch hohe Temperaturen und hohe Niederschläge, führt eine

intensive Bodenbearbeitung zu einem raschen Abbau der organischen Substanz im Boden – das sind Humus, Wurzeln, Pflanzenreste und Bodenlebewesen wie Bakterien, Pilze, Insekten, Würmer und deren Ausscheidungen. Diese Substanz im Boden ist ein wichtiges Element für die Bodenstruktur und Bodenfruchtbarkeit. Die Folgen der intensiven Lockerung des Bodens sind ein dramatischer Rückgang der Bodenfruchtbarkeit, der Nährstoffverfügbarkeit, des Wasserhaltevermögens und der biologischen Vielfalt. Es kommt zu Produktionseinbrüchen, Erosion sowie erhöhtem Krankheits- und Schädlingsbefall. Im Extremfall sind Versteppung und Verödung oder sogar Wüstenbildung festzustellen. Der Klimawandel stellt eine weitere Herausforderung für die Landwirtschaft dar. Wechselndes Klima, steigende Temperaturen

und veränderte Niederschlagsverteilung werden zu Veränderungen im Anbau führen. Extremereignisse wie Starkregen und verlängerte Dürreperioden erfordern in der Landwirtschaft eine flexiblere und weniger anfällige Wirtschaftsweise. Bodenbearbeitung ist aber eine Technik, die den Boden anfällig für Erosion und Wasserverluste macht. Angesichts dieser Herausforderungen hat die FAO sich ein neues strategisches Ziel gesteckt: die nachhaltige Intensivierung der Produktion. Ein Fortfahren mit der bisherigen Art der Landwirtschaft scheint dagegen ein Weg in eine Sackgasse.

.....  
*Theodor Friedrich ist promovierter Agraringenieur und seit 15 Jahren als Senior Officer im Bereich Pflanzenproduktion der Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) tätig.*  
.....



Reis ist das Grundnahrungsmittel in Bangladesch und großen Teilen des übrigen Asien. Nur landwirtschaftliche Fortschritte, die die Kleinbauern erreichen, verbessern die Ernährungssituation. Foto: Manoocher Deghati/IRIN



## UN und Landwirtschaft

**FAO** Die „Food and Agricultural Organization“ wurde bereits 1946 als Unterorganisation der Vereinten Nationen gegründet. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation sollte die Menschheit vom Hunger befreien und verfügt über ein umfassendes Mandat zur Förderung der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung, des Agrarhandels, der besseren Ernährung und der Ernährungssicherung. In den letzten Jahrzehnten sind zusätzliche internationale Organisationen entstanden, die ebenfalls auf diesen Gebieten tätig sind. ([www.fao.org](http://www.fao.org))

**HLTF** 2008 hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die „High-level Task Force on the Global Food Security Crisis“ (HLTF) einberufen. In die „Hochrangige Arbeitsgruppe für die Weltweite Nahrungsmittelkrise“ wurden Verantwortliche von 18 mit der UN verbundenen Organisationen berufen, die auf den Gebieten Landwirtschaft, Ernährung und Nahrungsmittelhilfe tätig sind, um besser abgestimmte und wirksamere Maßnahmen zu ermöglichen. Im Juli 2008 hat die Arbeitsgruppe einen „Umfassenden Rahmenaktionsplan“ vorgelegt, durch den kurzfristige Hungerprobleme überwunden und eine langfristige Nahrungsmittelsicherheit erreicht werden sollen. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, Kleinbauern, Nomaden und Fischer zu fördern. ([www.un.org/issues/food/taskforce](http://www.un.org/issues/food/taskforce))

**IFAD** Der „International Development Fund for Agricultural Development“ wurde 1977 geschaffen, um Landwirtschaftsprojekte in Entwicklungsländern (insbesondere zur Nahrungsmittelproduktion) zu finanzieren. Gefördert werden vor allem Kleinbauern und die übrige arme ländliche Bevölkerung. IFAD vergibt hierfür u.a. zinsgünstige Kredite. Ein wichtiges Anliegen ist die Frauenförderung. ([www.ifad.org](http://www.ifad.org))

**IFPRI** Das „International Food Policy Research Institute“ ist ein führendes multilaterales Forschungsinstitut. Es arbeitet mit weiteren 14 Instituten in einem Forschungsverbund zusammen, um konkrete Konzepte im Kampf für eine Verwirklichung des Rechts auf Nahrung zu entwickeln. Ein wichtiges Ziel ist es, nationale Regierungen und internationale Organisationen bei der Umsetzung nachhaltiger Konzepte zu beraten. ([www.ifpri.org](http://www.ifpri.org))

**IAASTD** Der Weltagrarrat (International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development) hat von 2002 an mehr als 800 Agrarfachleute sowie Vertreter von Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in einen intensiven Konsultationsprozess einbezogen. Das Ergebnis ist ein umfangreicher Bericht, in dem die Situation der weltweiten und regionalen Agrarsituation analysiert und Konzepte für eine nachhaltige Landwirtschaft entwickelt werden. ([www.agassessment.org](http://www.agassessment.org))

**WFP** Das „World Food Programme“ entstand 1962 als Hilfsprogramm (zunächst im Rahmen der FAO) zur Verteilung von Überschüssen aus reichen Ländern. Inzwischen ist das Welternährungsprogramm die größte UN-Hilfsorganisation und verantwortet besonders während und nach Katastrophen vielfältige Programme im Kampf gegen Hunger und Unterernährung. ([www.wfp.org](http://www.wfp.org))

Zusammenstellung: Frank Kürschner-Pelkmann

# Das Recht auf angemessene Nahrung

Was nützt es den Hungernden, dass das Recht auf Nahrung im internationalen Recht verankert ist? Gilt das Motto: „Papier ist geduldig“? Olivier De Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, erläutert die Bedeutung dieses Rechts für marginalisierte Menschen und zeigt, wie es praktisch umgesetzt werden kann.



Das Recht auf Nahrung wird im internationalen Recht seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 geschützt. Es wird auch im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 garantiert. Das Recht hat größere Beachtung gefunden durch den Welternährungsgipfel 1996 in Rom, der auf Initiative der FAO durchgeführt wurde. Die Konferenz forderte, dass der normative Inhalt des Rechtes auf angemessene Nahrung präziser geklärt werden sollte. Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Gremium, das die Einhaltung des Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte überwacht, hat daraufhin 1999 einen Allgemeinen Kommentar zu dieser Thematik verabschiedet. 2004 wurden dann im Rahmen der FAO „Freiwillige Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit“ vereinbart. Diese Richtlinien präzisieren, wie das Recht auf angemessene Nahrung umgesetzt werden kann und erweisen sich dadurch als besonders hilfreich, dass sie die konkrete Umsetzung des Rechts in das Zentrum stellen.

Nach internationalen Menschenrechtsmaßstäben ist das Recht auf angemessene Nahrung verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu jeder Zeit den physischen und wirtschaftlichen Zugang zu angemessener Nahrung besitzt. Es geht nicht primär darum, ernährt zu werden. Es geht um die

Garantie des Rechtes, sich selbst zu ernähren. Dies erfordert nicht nur, dass Nahrung zur Verfügung steht, sondern auch, dass die einzelnen Menschen entweder ihre eigenen Nahrungsmittel selbst erzeugen können oder über eine ausreichende Kaufkraft verfügen, um diese zu erwerben. Im Kern bedeutet das Recht auf Nahrung also, dass es nicht ausreicht, mehr Nahrungsmittel zu produzieren oder Hilfe bereitzustellen, um Hunger und Unterernährung wirksam zu bekämpfen. Es ist ebenso wichtig, sicherzustellen, dass all diejenigen Menschen, die hungern oder unterernährt sind, wahrgenommen und gezielt mit Landwirtschafts- und Entwicklungsprogrammen erreicht werden. Niemand darf ausgeschlossen bleiben.

### Praktische Auswirkungen eines Rechts

Das Recht auf angemessene Nahrung hat mindestens auf drei Gebieten ganz konkrete praktische Auswirkungen. Erstens erfordert es, dass Anstrengungen unternommen werden, die landwirtschaftliche Pro-

### Liberalisierung des internationalen Agrarhandels

*„Während die wirtschaftlichen Argumente für eine Handelsliberalisierung langfristige und auf das ganze Land bezogene Ergebnisse in den Mittelpunkt stellen, muss man sich aus der Menschenrechtsperspektive auf die unmittelbaren Konsequenzen und die Auswirkungen auf die Sektoren in jedem einzelnen Land konzentrieren ... Die großen agro-industriellen Produzenten, die von den globalen Handelsketten bevorzugt werden, produzieren ihre landwirtschaftlichen Exporterzeugnisse oft mithilfe von Monokulturen. Die kostengünstige Produktion großer Mengen, die damit verbunden ist, steht den marginalisierten Kleinbauern nicht zur Verfügung.“*

Olivier De Schutter

duktion zu fördern und soziale Sicherheitsnetze aufzubauen, um die Bedürfnisse der verletzlichsten Menschen zu decken, die mit Hilfe umfassender und partizipatorischer Instrumente identifiziert worden sind. Initiativen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion können helfen, das

Niveau der Agrarproduktion zu erhöhen, könnten aber dennoch all jene außen vor lassen, deren Bedürfnisse am dringendsten gedeckt werden müssen. Dies könnte zu einer weiteren Margi-

### Agrartreibstoffe

*„Auch wenn klar ist, dass die Produktion von Agrartreibstoffen im Prinzip zur Erhöhung der Einkommen in den ländlichen Gebieten beitragen kann, die am stärksten von Armut und Hunger betroffen sind, so ist es doch eindeutig, dass diese Produktion tatsächlich insgesamt den großen Produzenten nützt. Sie hat auch die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf verschiedenen Agrarrohmstoffmärkten vergrößert.“*

Olivier De Schutter

nalisation und zu noch größerer Ungleichheit führen.

Die zweite praktische Konsequenz, die sich aus dem Recht auf Nahrung ergibt, besteht darin, dass es Mechanismen der Rechenschaftspflicht geben muss, um sicherzustellen, dass sich die Opfer von Verletzungen des Rechts auf Nahrung an unabhängige Gremien wenden können, die berechtigt sind, zu überprüfen, welche der möglichen Alternativen die Entscheidungsträger in Fragen der Ernährung der Menschen gewählt haben. Diese Rechenschafts-Dimension des Rechts auf Nahrung erfordert, dass die Opfer ein Recht darauf haben, sich an Gremien und Gerichte zu wenden, die in der Lage sind, dieses Recht zu schützen. Außerdem müssen Regierungen zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie eine Politik betreiben, die die Wahrnehmung des Rechts auf Nahrung untergräbt. Bei dieser Dimension geht es um mehr als die Achtung von Gesetzen, es geht vor allem um die Stärkung (empowerment) und Partizipation derer, die von der Planung und Umsetzung der staatlichen Politik und Programme direkt betroffen sind.

### Höhere Ernten allein reichen nicht aus

Drittens erfordert das Recht auf Nahrung, Prioritäten zu setzen. Die Handels- und Investitionspolitik sowie die Auswahl von landwirtschaftlichen Produktionsme-

thoden müssen dem übergreifenden Ziel der Verwirklichung des Rechts untergeordnet werden – sie sind Mittel und nicht Ziele, die um ihrer selbst willen verfolgt werden. Zum Beispiel erfordert

ein Ansatz für Investitionen in der Landwirtschaft, der auf dem Recht auf Nahrung beruht, dass wir in Zukunft sehr viel stärker sozial und ökologisch nachhaltige Formen der Landwirtschaft entwickeln. Ziel muss es sein, die Ernteerträge deutlich zu steigern und damit das Einkommen der Bauernfamilien zu erhöhen, ohne dass es zu einer sozialen Zweiteilung unter den Landwirten kommt und ohne dass der Klimawandel beschleunigt oder die Böden ausgelaugt werden.

Internationale Menschenrechtsmaßstäbe erfordern, dass die Staaten nationale Strategien zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung umsetzen. Solche nationalen Strategien müssen die Gruppen in den Blick nehmen, die

Hunger leiden. Im Rahmen dieser Strategien sollten innerhalb der Regierungseinrichtungen klare Verantwortlichkeiten festgelegt, zu erreichende Ziele formuliert und dafür ein Zeitrahmen festgesetzt werden. Auch ist es notwendig, unabhängige Strukturen, einschließlich Gerichte zu stärken, um die Rechenschaftspflicht zu erhöhen und ebenso einzelne Menschen zu unterstützen, die von politischen Maßnahmen des Staates profitieren können. Die weltweite Nahrungsmittelkrise, die wir 2008 erlebt haben, ist keineswegs beendet. Diese Krise hat uns gelehrt, dass das Recht auf Nahrung das übergreifende Prinzip und der Rahmen sein sollte, um unseren Bestrebungen eine Richtung zu geben und zwar sowohl für kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen als auch für eine längerfristige ländliche Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft.

Olivier De Schutter ist seit 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Der belgische Jurist ist Experte für internationales Recht.





# Werden Bauern zu Kriminellen gemacht?

## Patente auf Kühe und Saatgut



Proteste gegen die Patentierung von Tieren und Pflanzen am 23. Oktober 2008 vor dem Europäischen Patentamt in München. Foto: KNA / Misereor

Mute Schimpf

„Meine Kuh ist keine Erfindung und kann nicht patentiert werden!“ Agnes Edenhofer war früh aufgestanden, um mit ihren zehn Kühen und Kälbern vor das Europäische Patentamt in München zu ziehen. Gleich zweimal besuchten in den letzten Monaten Bauern mit Treckern, Kühen und Schweinen die europäische Behörde. Tausend Menschen demonstrierten gegen die Ausweitung der Patente auf Zuchtmethoden, Saatgut und Tiere, unterstützt von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Zwischen 2000 und 2008 haben sich die Patentanmeldungen auf konventionelle Pflanzen in Europa vervierfacht. Während bei Patenten auf Gentechnik-Saatgut nur wenige Bauern betroffen sind, da es nur auf 2,5 Prozent der weltweiten Landwirtschaftsflächen angebaut wird, bedrohen Patente auf konventionelle Pflanzen und Zuchtmethoden die Mehrheit der Bauern in Entwicklungsländern. Diese Patente machen den traditionellen Tausch und die Weiterentwicklung von Saatgut unter Bauern zu einem kriminellen Akt. Die Folgen der Patente auf Saatgut haben vor allem Farmer in den USA erfahren, von denen Hunderte wegen angeblicher Verstöße gegen patentiertes Saatgut vom Saatgutkonzern Monsanto juristisch belangt wurden. Aber auch in Indien haben die Lizenzen auf Gentechnik-Baumwolle die Saatgutkosten so verteuert, dass gerade Kleinbauern nach der Ernte nicht wissen, wie sie die Kredite für den Saatgutkauf zurückzahlen sollen. In Burkina Faso zeichnet sich ab, dass die Kosten für das Saatgut der Gentechnik-Baumwolle durch die Lizenzen um das Zwölfwache ansteigen werden.

Das Beispiel Brokkoli

Die Firma Plant Bioscience besitzt seit 2002 ein Patent vom Europäischen Patentamt auf konventionell gezüchteten Brokkoli mit veränderten Inhaltsstoffen, auf dessen Samen sowie auf die essbaren Brokkolipflanzen. Vor diesem Patentamt wird das Patent nun vor der Großen Beschwerdekammer verhandelt. In dem Präzedenzfall wird über die Grenzen der Patentierbarkeit konventioneller Zuchtmethoden entschieden. Weltweit haben über 50 Bauernorganisationen und 100 weitere Organisationen einen Aufruf gegen das Brokkoli-Patent unterzeichnet. In Europa wird nun entschieden, wo die Grenzen der Patentierbarkeit liegen. Die USA und Europa hatten in der Welt-handelsorganisation WTO ihre strengen Vorgaben zur Wiederaussaat der Ernte durchgesetzt. Aktuell drängen die Europäer in bilateralen Handelsabkommen auf Verschärfungen des Patentrechts. Vor allem in Deutschland wird die Diskussion intensiv geführt. Misereor, Bauernverband und Greenpeace haben im April 2009 Einspruch gegen ein Patent auf die Zucht von Schweinen eingelegt. Im Kern geht es bei der Patentierung von Pflanzen, Tieren und ihrem Erbgut um die Frage, wer die Grundlagen der Ernährung kontrolliert.

Mute Schimpf, Referentin für Landwirtschaft bei Misereor

Weitere Informationen unter [www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org)  
Der globale Aufruf und Unterschriftenlisten für Einzelunterzeichner sind dort auf Englisch, Deutsch, Französisch und Spanisch zu finden.

# Süßkartoffeln statt „goldenem Reis“

## Gentechnik treibt Kleinbauern in die Abhängigkeit

Carolin Callenius

Visionen einer Welt ohne Hunger und Krankheit werden derzeit von Biotechnologen und Agrarkonzernen verbreitet. Sie sehen in der Entwicklung und Nutzung von gentechnisch veränderten Pflanzen ein großes Potenzial zur Lösung der Nahrungsmittelkrise, versprechen höhere Ertragsleistungen und geringere Ernteverluste.

„Golden Rice“ heißt die neue Reissorte, mit der weltweit der Vitamin-A-Mangel in Entwicklungsländern eingedämmt werden soll. An dem Mangel erblinden jedes Jahr bis zu 500.000 Kinder, die Hälfte von ihnen stirbt. Zusätzliche Gene von anderen Organismen (Transgene) werden eingebaut, die den Reis befähigen, Betacarotin und Aminosäuren zu bilden. Die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva hält diesen Versprechungen entgegen: „Um den Tagesbedarf von 750 Mikrogramm Vitamin A aus Goldenem Reis zu decken, müsste ein Erwachsener 2,272 kg dieses Reises am Tag essen.“ Die wirklichen Ursachen von Hunger und Fehlernährung würden durch diese Strategie und die Ab-

hängigkeit von Agrounternehmen eher gesteigert, so Shiva. Da wäre es schon weit aus einfacher, die Krankheit mit Vitamin A-Präparaten, die in Speiseöl gelöst werden können, sowie die Förderung des Gemüseanbaus – beispielsweise der Süßkartoffel – zu bekämpfen.

Die meisten Errungenschaften der Gentechnik bestehen in der Resistenz gegen Pflanzenschutzmittel und Insekten. Das gilt für die vier gentechnisch veränderten Pflanzenarten, die derzeit auf dem Markt sind: Soja, Baumwolle, Mais und Raps. Wirtschaftlich kann das ein großer Gewinn für jene Bauern sein, die sonst mit einem hohen Schädlings- und Unkrautbefall konfrontiert sind. Doch dieser Befall schwankt von Saison zu Saison und damit auch die Wirtschaftlichkeit.

„Neue Kolonien“

Stattdessen wird befürchtet, dass die Abhängigkeit der Kleinbauern von den Agrarkonzernen zunimmt. Die Gentechnologie sei nicht für kleinbäuerliche Familien konzipiert, sondern nütze vor allem industrialisierten Großbetrieben, betont Vandana



Reis in Burkina Faso in Westafrika: Mit der Gentechnik verlieren viele Bauern die Kontrolle über ihr Saatgut. Foto: Christoph Püschner / Brot für die Welt

Shiva. Sie spricht deutliche Worte: „Durch Patente und Gentechnik werden neue Kolonien geschaffen. Es trifft Kleinbauern besonders hart, wenn sie für jede Aussaat Lizenzgebühren an große Agrarkonzerne bezahlen müssen, auch dann, wenn die Ernte schlecht ausgefallen ist. Viele Baumwollbauern in Indien haben sich so verschuldet.“ Die Bauern benötigen Technologien, die auf die lokalen Verhältnisse zugeschnitten sind, und auf Sortenvielfalt und Arbeitskraft statt auf Kapital setzen. Die Vielfalt der Pflanzen muss auf den Äckern der Welt erhalten werden, nur so können Kulturpflanzen dem wandelnden Klima angepasst werden. Die Hoffnungen, die mit der Gentechnik

in der Landwirtschaft verbunden wurden, halten den Erfahrungen in der Praxis nicht stand. „Höhere Erträge sind mittels gentechnisch veränderter Organismen kaum zu erwarten“, analysiert Bernhard Walter, verantwortlich für Ernährungssicherheit bei „Brot für die Welt“. „Der Ertrag einer Pflanze ist nicht nur genetisch, sondern sehr stark durch Umweltfaktoren wie Wasser- und Nährstoffverfügbarkeit bestimmt. Genau diese Umweltfaktoren aber sind in Armutsgebieten in der Regel knapp bemessen.“

Carolin Callenius koordiniert die Kampagne für Ernährungssicherheit „Niemand isst für sich allein“ bei „Brot für die Welt“.





Zuckerrohr.

Foto: Meinhard Schulz-Baldes



Jatropha.

Foto: Meinhard Schulz-Baldes



Kokos.

Foto: Meinhard Schulz-Baldes



Holz.

Foto: Benno Pilardeaux

Bioenergie lässt sich sowohl aus Nahrungspflanzen wie Zuckerrohr gewinnen, aber auch aus Jatropha und Reststoffen der Land- und Forstwirtschaft.

# Erst Teller, dann Tank!

## Die Nutzung von Bioenergie bedarf kluger Steuerung

Karin Boschert und Benno Pilardeaux

**Bioenergie kann in Entwicklungsländern zur ländlichen Energieversorgung beitragen und bietet Chancen zur Modernisierung nationaler Energiesysteme. Es bestehen aber auch erhebliche Risiken. In der Debatte „Tank oder Teller“ geht es um die Gefährdung der Ernährungssicherheit durch den Anbau von Energiepflanzen.**

In Brasilien zeigt sich, wie dicht beieinander Risiko und Nutzen der Bioenergie liegen. Das Land deckt rund die Hälfte des nationalen Benzinbedarfs durch Ethanol aus Zuckerrohr. In Zukunft setzt die brasilianische Regierung neben den Biokraftstoffen vermehrt auf Stromgewinnung aus Biomasse. Auch die Nutzung von Reststoffen aus Land- und Forstwirtschaft soll ausgebaut werden. Zuckerrohrbagasse, Holz- und Papierabfälle, Reisschalen, Kokos- sowie Cashewnusschalen sind für die Energiegewinnung reichlich verfügbar.

Durch diese Bioenergiepolitik sind allein in der brasilianischen Zuckerindustrie rund eine Million Arbeitsplätze entstanden, davon hängen weitere sechs Millionen indirekt Beschäftigte ab. Gleichzeitig kämpft das Land mit massiven ökologischen und sozialen Problemen im Zusammenhang mit der Bioenergieproduktion. So trägt der sich ausweitende Zuckerrohranbau zumindest indirekt zur Rodung des Amazonaswaldes bei. Kleinbauern werden häufig von großen Investoren aus der Bioenergiebranche verdrängt und müssen sich neue Standorte für die Nahrungsproduktion suchen. Nichtregierungsorganisationen kritisieren auch die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor sowie die gesundheitlichen Risiken durch großflächigen Pestizideinsatz in Monokulturen.

### Ernährungssicherung hat Vorrang

Die politische Herausforderung besteht weltweit darin, die Ansprüche von Energieversorgung, Nahrungssicherheit sowie Natur- und Klimaschutz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu vereinen. Wie so etwas gehen kann, zeigte 2008 ein Gutachten des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU). Unter Berücksichtigung der Risiken wurde das globale Potenzial der Bioenergie abgeschätzt. Dieser Modellrechnung nach könnte der Anbau von Energiepflanzen 6 bis 25 Prozent der heutigen Energienachfrage decken. Dabei wurden Flächen für Nahrungssicherheit und Naturschutz für den Energiepflanzenanbau ausgeschlossen. Nicht alle Potenzialregionen sind uneingeschränkt für den Anbau von Energiepflanzen geeignet. Die Karte zeigt, dass viele dieser Regionen in Entwicklungsländern liegen, die

Nahrungsmittel importieren. Dort darf der Anbau von Energiepflanzen aus Gründen der Ernährungssicherheit nur mit besonderer Vorsicht erfolgen.

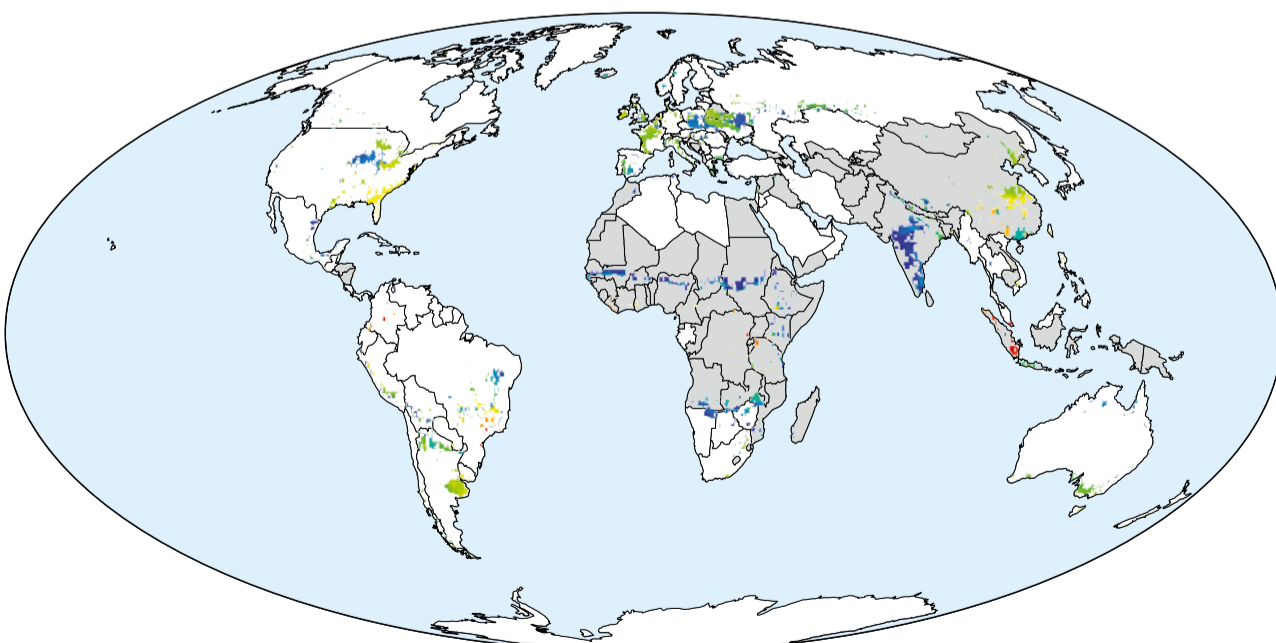
### Verbesserte ländliche Energieversorgung

Bioenergie kann entscheidend zur Energieversorgung und damit zur Armutsbekämpfung beitragen. Noch immer haben rund 2,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu bezahlbarer und sicherer Energie, sie verwenden Holz, Dung oder Ernteabfälle auf einfachen Kochstellen oder Öfen. Der dabei entstehende Rauch kostet jährlich etwa 1,5 Millionen Menschen das Leben. In der Nähe von Siedlungen werden Wälder abgeholzt und Böden geschädigt, sodass die Brennholzbeschaffung immer aufwändiger wird. Bereits im kleinen Rahmen bieten moderne Nutzungsformen der Bioenergie beträchtliche Chancen. Verbesserte Holz- und Holzkohleherde, Kleinbiogasanlagen sowie lokal produziertes Pflanzenöl für Stromgeneratoren sind günstige und einfache Technologien. Die Nutzung von Bioenergie kann auch zur Modernisierung des gesamten Energiesektors beitragen und neben der Verbesserung der Selbstversorgung Chancen für die Exportwirtschaft bieten. Bioenergie kann in der Strom- und Wärmeversorgung oder vorübergehend im Verkehrssektor eingesetzt werden. Um das Klima zu schützen, sollten gerade fossile Energieträger mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Bioenergie ersetzt werden. Daher ist es wichtig, Bioenergie zur Stromerzeugung zu nutzen, besonders dort, wo viel Kohle in der Stromerzeugung verwendet wird wie in Indien und China. Das hat den weiteren Vorteil, dass die Abwärme über Kraft-Wärme-Kopplungen genutzt werden kann.

### Risiken für die Ernährungssicherheit

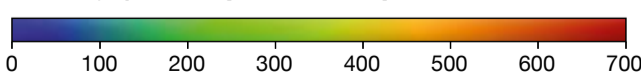
Weltweit lässt sich eine steigende Nutzungskonkurrenz um Flächen beobachten: So sichern sich derzeit internationale Investoren wertvolle Ackerflächen im Ausland. Dieser Trend wird durch den Anbau von Energiepflanzen verstärkt. Während zwischen 2000 und 2008 die Verwendung von Getreide für Nahrungs- und Futtermittelerzeugung um vier und sieben Prozent anstieg, erhöhte sich die industrielle Verwendung von Getreide zur Energieproduktion um etwa 25 Prozent. Global gesehen ist der Flächenanteil für den Anbau von Energiepflanzen mit rund ein Prozent des Ackerlandes noch relativ gering. Selbst in Brasilien beträgt dieser Anteil nur etwa fünf Prozent. Setzt sich der Trend aber fort, dann könnte der Anbau von Energiepflanzen die Nutzungskonkurrenz um fruchtbare Flächen deutlich verschärfen. Insbesondere in armen Entwicklungsländern, die Nahrungsmittel importieren, sollte vor allem die Energieerzeugung aus biologischen Abfall- und Reststoffen gefördert werden. Sie fallen beispielsweise in der Fischerei, in Sägewerken und in Tee- und Kaffeeplantagen an. Der gezielte Anbau von Energiepflanzen sollte aus Sicht des WBGU ausschließlich auf landwirtschaftlich ungenutzten oder degradierten Landflächen sozialverträglich gefördert werden. Langfristig kann die Bodenqualität bisher landwirtschaftlich kaum nutzbarer Flächen durch eine kluge Rekultivierung deutlich verbessert werden. Ein kontrollierter Ausbau der Bioenergie kann also nur mit weltweiten Anstrengungen zur Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft einhergehen. Dafür braucht es verstärkte Investitionen in ländliche Entwicklung, insbesondere die nachhaltige kleinbäuerliche Agrarwirtschaft und Pflanzenzüchtung, um die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Die internationale Gemeinschaft sollte die Länder bei der Entwicklung integrierter Strategien unterstützen und darauf hinwirken, dass Mindeststandards für die Förderung eingehalten und Kapazitäten zur Regulierung der Planung der Landnutzung, Zertifizierung und Ernährungssicherung gestärkt werden.

Dr. Karin Boschert und Dr. Benno Pilardeaux sind für den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in Berlin tätig.



Low Income Food Deficit Countries (LIFDCs)  
(einkommensschwache Länder,  
die Nahrungsmittel importieren)

Bioenergiepotenzial [GJ/ha und Jahr]



Nicht alle Regionen, in denen der Anbau von Energiepflanzen potenziell möglich wäre, sind uneingeschränkt dafür geeignet. In Entwicklungsländern, die Nahrungsmittel importieren, darf der Anbau von Energiepflanzen nur mit besonderer Vorsicht erfolgen. Schaubild: WBGU, 2009



# „Wir müssen die Weichen neu stellen“

Gespräch mit Hans Rudolf Herren

„Landwirtschaft am Scheideweg“ lautet der Titel des 2008 erschienenen Weltagrarberichts. Der Schweizer Landwirtschaftsfachmann Hans Rudolf Herren hat seit 2004 mit Kollegin Judi Wakhungu (Kenia) über den Weltagrarratbericht (IAASTD) präsiert. Der Bericht wurde im April 2008 offiziell von der IAASTD-Plenarversammlung von 59 Ländern angenommen. Herren arbeitete von 1997 bis 2005 in Afrika, wo er ein großes und erfolgreiches biologisches Schädlingsbekämpfungsprogramm durchgeführt hat. Es folgten ähnliche Projekte im Bereich der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit. Er ist seit 2005 auch Präsident des Millennium Institute (USA).

Ist nachhaltige Landwirtschaft ein „Luxus“, den sich nur reiche Länder leisten können?

Nein, umgekehrt, wir können es uns nicht leisten, nicht so schnell wie möglich total und global auf nachhaltige Landwirtschaft umzustellen. Die Folgen einer Verzögerung würden die Nahrungsmittelsicherheit sehr stark gefährden und in vielen Gebieten die nötige Produktionssteigerung stark behindern. Auf uns kommen eine ganze Reihe neuer Herausforderungen zu wie Klimawandel, eine größere Weltbevölkerung, die dazu noch mehr und anders essen will, eine Umweltbelastung, die der Landwirtschaft schadet, und höhere Energiepreise. All dies zusätzlich zu den alten Problemen wie Hunger, Armut, Unterernährung, Abwanderung von Bäuerinnen und Bauern sowie ungleichmäßige Verteilung von Reichtum und Produktionskapital. Die Liste wäre eigentlich noch länger und wird dies sicher, falls wir nicht abkommen von heutigen Landwirtschaftsmodellen wie dem industrialisierten der Industriestaaten und ausbeuterischen in den Entwicklungsländern. Die Lösungen sind schon lange bekannt: Öko- und Bio-Landbau, die die Bodenfruchtbarkeit nicht nur erhalten, sondern auch aufbauen und so die Widerstandskraft gegen Klimawandel und biologischen Stress stark erhöhen. Wir müssen den Kurs ändern!

Behindern die gegenwärtigen internationalen Handelsbedingungen den Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft in Entwicklungsländern?

Ganz bestimmt. Wie in der Produktion, müssen wir auch hier die Weichen neu stellen. Wir müssen die Handelsabkommen so gestalten, dass sie den Entwicklungsländern einen Vorsprung beim Zugang zu den heimischen Märkten sowie beim Export von Nahrungsmitteln geben. Das gilt auch für die verarbeiteten Güter, da es sehr wichtig ist, dass mehr Wertschöpfung in diesen Ländern erfolgt. Das wird der Armutsbekämpfung sehr zugute kommen. Besserer Marktzugang heißt auch, dass die Bäuerinnen und Bauern in den Entwicklungsländern mehr Mittel zur Verfügung haben, um das Land nachhaltig zu bewirtschaften, statt es „auszubeuten“. Zu den sehr marktverzerrenden Zuschüssen an die Landwirtschaft im Norden kommt

hinzu, dass die Bäuerinnen und Bauern in den Entwicklungsländern sehr stark den Risiken eines immer unvorhersehbareren Wetters ausgesetzt sind, ohne eine Versicherung zu besitzen. Das Problem muss ebenso gelöst werden wie gleichzeitig der Zugang zu Produktionskapital, besserer Information und Ausbildung.

Was bedeutet nachhaltige Landwirtschaft im Süden der Welt konkret?

Nachhaltige Landwirtschaft muss global eingeführt werden. Für den Süden heißt das vor allem höhere Produktion, vielfältige Qualitätsnahrung, Arbeitsbeschaffung für Millionen Arbeitslose, besseres Einkommen und auf längere Sicht eine gesunde Zukunft für Menschen, Land und Umwelt. Wir müssen solch ein Modell auch im Norden (wieder) einführen, da auch hier die Umwelt leidet, die Ökosystemdienstleistungen geschwächt sind und die hoch intensive, energie- und ressourcenverschlingende Landwirtschaft keine Zukunft hat. Arbeit brauchen wir ja auch bei uns wieder.

Können Sie uns ein Beispiel für eine nachhaltige Landwirtschaft im Süden geben?

Ein sehr schönes Beispiel ist das „Push-Pull“-System. „Push-Pull“ – vertreiben und anlocken – ist ein grundlegendes Prinzip in der biologischen Schädlingsbekämpfung. Dabei werden natürliche Stoffe, etwa Pflanzendüfte oder Farben, eingesetzt, um Schädlinge zu vertreiben beziehungsweise anzulocken. Dr. Zeyaur Khan, Wissenschaftler in der Feldstation des internationalen Insektenforschungsinstituts „icipe“ am Viktoriasee, hat im Kampf gegen den Stängelbohrer die wirksame „Push-Pull“-Methode entwickelt. Der Geruch von Desmodium, welches zwischen den Mais gepflanzt wird, vertreibt die Falter aus dem Feld. Um die Äcker herum wird das klebrige Napiergras angepflanzt, welches die Falter mit seinem Duft unwiderstehlich anlockt. Sie fliegen aus den Feldern, bleiben auf dem Gras haften und gehen ein. So wird der Mais geschützt – ohne Gentechnik, ohne Chemie und ohne Umweltbelastung.

Desmodium ist auch eine Wunderwaffe im Kampf gegen das Striga-Unkraut. Wo Desmodium wächst, verschwindet die



Foto: BioVision / P. Lüthi

gefürchtete Striga. Außerdem wird die Bodenfruchtbarkeit gesteigert, die Erde vor Erosion geschützt und die Feuchtigkeit zurückgehalten. Zudem sind Napiergras und Desmodium sehr nährstoffreiche Futterpflanzen und ermöglichen den Bauern die Haltung von Milchkühen oder Ziegen.

Was hat die oft vernachlässigte Bevölkerungsgruppe der Landarbeiterfamilien von einer nachhaltigen Landwirtschaft?

Die vielen Landarbeiter sind zum großen Teil das Resultat der industriellen Landwirtschaft und auch der „Grünen Revolution“, die verursacht haben, dass die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer wurden, um die Ausgaben niedrig zu halten angesichts der steigenden Kosten für Düngemittel, Pestizide und Herbizide, die alle für die „Grüne Revolution“ unentbehrlich waren. Eine Umstellung auf eine nachhaltige Landwirtschaft wird vermehrt Arbeitskräfte erfordern und auch wieder eine Zunahme von kleinen und mittelgroßen Betrieben zur Folge haben.

Können Konsumenten zu einem Wandel beitragen?

Was zu diesem Thema gehört, ist die Notwendigkeit, die Nahrungsmittelpreise zu erhöhen. Es ist Zeit, dass die Konsumenten den vollen Produktionspreis an die Bauern zahlen. Die heutigen Produktionszuschüsse müssen in Zukunft für Ökosystem-Dienstleistungen ausbezahlt werden. Die industrielle Landwirtschaft, die billig produziert und enorme Nebenkosten verursacht, muss diese Kosten vollständig in den Preis integrieren, oder die Staaten müssen deren Produkte entsprechend der externen Kosten besteuern. Mit diesen Einnahmen können die nachhaltige Landwirtschaft und die nötige Forschung unterstützt werden. Höhere landwirtschaftliche Produktpreise bedeuten auch höhere Einkommen für die Bauern überall auf der Welt. Im Süden werden sie die Armut bekämpfen und die Wirtschaft stärken.

Das Gespräch führte Frank Kürschner-Pelkmann



Desmodium ist ein proteinhaltiges Viehfutter und eine Wunderwaffe gegen Unkraut.

Foto: BioVision / P. Lüthi

Im Maisfeld: Ein Öko-Trainer berät eine Bäuerin in Westkenia bei der chemiefreien, natürlichen Schädlingsbekämpfung.

Foto: BioVision / P. Lüthi





# Wege zu einem nachhaltigen Agrarhandel

Ulrich Hoffmann, Sophia Twarog und Christopher Wunderlich

Um 47% wuchs der Anteil fair gehandelter Waren am Welthandel im Jahre 2007 und erreicht in einzelnen Segmenten einen Marktanteil von bis zu 5%. Fair gehandelte Produkte, die gleichzeitig ökologische Standards einhalten, sind gefragt. Internationale Standards sollen dafür sorgen, dass wirklich „bio“ und „fair gehandelt“ ist, wo „bio“ und „fair gehandelt“ draufsteht.

Der nachhaltige Handel von Nahrungsmitteln kann eine wichtige Rolle bei der Förderung wünschenswerter Veränderungen in Produktion und Konsum spielen. Der zunehmende Handel von Bioprodukten ist ein Beispiel dafür: Biologische Landwirtschaft erhöht die Bodenfruchtbarkeit, gewährleistet Artenvielfalt, vermindert den Treibhausgasausstoß und erhöht die Anpassungsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel. Auch werden Vergiftungen durch Agrochemikalien vermieden, die Nahrungsmittelsicherheit



Stabile und höhere Preise von fair gehandelten Produkten kommen den Produzenten im Süden der Welt zugute. Foto: TransFair

erhöht und die Einkommenssituation der Produzenten verbessert.

Ein wesentliches Instrument für die Förderung des nachhaltigen Agrarhandels sind so genannte Freiwillige Nachhaltigkeitsstandards (FNS), wie sie im fairen Handel üblich sind. Dabei werden bestimmte Kriterien für das Qualitätsmanagement in der Produktion festgelegt. Sie sollen die Umwelt-, Arbeitsplatz-, Sozial- und Produkt Risiken vermindern. Gleichzeitig werden Einsparungen im Ressourcenverbrauch angestrebt. FNS können sowohl von Unternehmen (z.B. Handelsketten) als auch von Nichtregierungsorganisationen geschaffen werden. Sie sind in den letzten Jahren immer strenger und komplexer geworden, weil Umwelt-, Qualitäts-, Gesundheits- und Sozialkriterien einzuhalten sind. FNS werden aber selten aufeinander abgestimmt, und Bauern müssen ihre Produkte oft nach mehreren Standards zertifizieren lassen. Bioprodukte, die beispielsweise in Supermärkten verkauft werden, müssen nach deren GLOBALGAP-Standard (der in über 200 Kontrollpunkten konkrete Vorgaben für gute Landwirtschaftspraktiken macht) und oft zusätzlich auch nach Bio-Standards oder Fairen Handel-Standards zertifiziert sein. Das erhöht die Kosten für die Kleinbauern drastisch und kann die FNS unpraktikabel machen.

FNS können noch weitere ungewünschte Effekte haben, vor allem das Risiko der Marktmonopolisierung durch die Schaffung sehr einflussreicher FNS oder ihren protektionistischen Gebrauch. Um dem zu begegnen und den Beitrag von FNS zu nachhaltiger Entwicklung in der Dritten Welt zu stärken, müssen Strategien auf nationaler und internationaler Ebene entwickelt werden, die denkbare Probleme vorab lösen.

Leider werden immer noch FNS in den meisten Entwicklungsländern als lediglich technisches Instrument, nicht als politisches Maßnahmenpaket angesehen. Dabei können FNS dazu beitragen, dass die Umwelt- und Sozialkosten in die Produktpreise mit einfließen und Kostensenkungen



Konsumentinnen und Konsumenten bei uns können durch den Kauf von Fairtrade-Produkten dazu beitragen, dass der nachhaltige Agrarhandel wächst. Foto: TransFair

durch geringeren Energie-, Wasser- und Agrochemikalienverbrauch ausgelöst werden. Außerdem sind die internationalen Märkte für nachhaltige Agrarprodukte lukrativ und weisen hohe Wachstumsraten auf.

Die FNS müssen noch stärker auf eine transparente und legitime Weise unter Beteiligung aller entwickelt und angewendet werden. Außerdem müssen die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden, eine technische Infrastruktur, Qualitätskontrollsysteme und gut koordinierte Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen aufzubauen. In den einzelnen Ländern müssen zudem nationale Dialogplattformen entstehen, bei denen alle wesentlichen Akteure, die für FNS arbeiten, an einem Tisch sitzen.

Dr. habil. Ulrich Hoffmann, Dr. Sophia Twarog und Christopher Wunderlich sind im Sekretariat der UN Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) tätig.

## Biologisch angebaut und fair gehandelt Trockenmangos aus Burkina Faso

Edith Kresta

Die Mango-Plantage der Kooperative TON liegt außerhalb der Kleinstadt Niangoloko im Süden von Burkina Faso. Die Straße dorthin ist ungeteert und weist gewaltige Schlaglöcher auf, nicht gerade ideale Bedingungen für eine Produktion für den Weltmarkt. TON ist ein Zusammenschluss von Kleinbauern. Die Genossenschaft verarbeitet frische Mangos in haltbare Trockenmangos für europäische Kunden, die biologisch angebaute und fair gehandelte Produkte kaufen wollen. „Fairer Handel hilft die Existenz von Kleinbauern sichern“, erläut-

tert David Heubi, der Generalmanager von Gebana Afrique, der Schweizer Fair-Trade-Organisation in Westafrika. Er will unserer Journalistengruppe vor Ort zeigen, dass die Trockenmangos, die Gebana über das Internet auf dem europäischen Markt vertreibt, unter den besten hygienischen Bedingungen hergestellt werden. „Die Arbeit in der Association TON ist bei Einheimischen sehr begehrt. Sie gibt ihnen festen Lohn und das Gefühl, etwas bewegen zu können“, sagt Geschäftsführer Issaka. „Bei uns arbeiten saisonal 430 Angestellte, 154 Mangobauern liefern ihre Produkte.“ Ihr Grundeinkommen

liegt bei umgerechnet 1,80 Euro am Tag und damit 20 Prozent über dem Durchschnittseinkommen im Lande. Dieser Lohn und der erwirtschaftete Überschuss von 16.000 Euro ermögliche den Mitgliedern ein normales Leben, betont der Geschäftsführer. Mit einem Teil der Mehrerlöse werden ein medizinisches Zentrum in Niangoloko gefördert, die Schule ausgebaut und allein stehende Mütter unterstützt.

„Die FLO-Zertifizierung (Fair Trade Label Organisation) hat uns Märkte geöffnet“, lobt Geschäftsführer Issaka. Tatsächlich stieg durch verbesserten Vertrieb und Marketing der Verkauf von

getrockneten Mangos aus Burkina Faso von 12 Tonnen 2002 auf 402 Tonnen im Jahr 2007. „Ein Problem ist nur der Schriftverkehr, der dazu erstellt werden muss“, klagt Issaka. Denn wenn jährlich der FLO-Inspektor anreist, muss für die Zertifizierung die Einhaltung der Regeln genau festgehalten werden: Arbeitsbedingungen, Bezahlung, Demokratie, Geschlechtergleichheit und Umweltverträglichkeit. Das Protokoll zum Label für den bewussten Käufer in Europa ist für die Mangoproduzenten in Burkina Faso ein bürokratischer Stolperstein. Etwas „Kulturimperialismus“ auf dem Weg zu einer faireren Welt.

Edith Kresta ist Redakteurin der „tageszeitung“ in Berlin.



Foto: Franca Pedrazzini

## Literaturhinweise und Internet-Tipps

### Literatur

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: Zeitschrift Vereinte Nationen, 2/09, „Die UN und die Nahrungsmittelkrise“, weitere Informationen: www.dgvn.de/zeitschrift.html

Evangelischer Entwicklungsdienst: Wer ernährt die Welt? Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft, Autor: Uwe Hoering, Bonn 2008, 46 Seiten, Bestellungen: www.eed.de (dort Mediathek/Themen/Ländliche Entwicklung)

FIAN-Fotoausstellung und Broschüre „Verheerende Fluten“ (über die Auswirkungen der EU-Handelspolitik auf To-

matenbauern in Ghana), Bestellungen: k.reymann@fian.de

Weltagrarbericht 2009  
http://www.weltagrarbericht.de

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU: Welt im Wandel – Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, Berlin 2009, 388 Seiten (www.wbgu.de)

### Internet-Links

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.  
www.abl-ev.de

Brot für die Welt  
www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung

BUKO Agrar Koordination  
www.bukoagrar.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
www.bmz.de/de/themen/ernaehrung/index.html

Deutsche Welthungerhilfe  
www.welthungerhilfe.de

Evangelischer Entwicklungsdienst  
www.eed.de

FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk)  
www.fian.de

Germanwatch  
www.germanwatch.org

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit/Ländliche Entwicklung  
www.gtz.de/de/themen/863.htm

Misereor  
www.misereor.de/themen/hungerbekaempfen

Oxfam Deutschland  
www.oxfam.de

TransFair  
www.transfair.org



Bericht über die menschliche Entwicklung 2009

Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung

www.dgvn.de

## EINE-WELT-PRESSE DIE NORD-SÜD-ZEITUNG

Sie sind am Bezug der EINE-WELT-PRESSE oder an bereits erschienenen Ausgaben interessiert?

Auf Anfrage senden wir Exemplare gerne zu – auch größere Stückzahlen für die Bildungsarbeit.

## I M P R E S S U M

**Herausgeber**  
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.  
Zimmerstraße 26/27  
D-10969 Berlin  
Telefon (0 30) 25 93 75 - 0  
Telefax (0 30) 25 93 75 29  
E-Mail info@dgvn.de  
Web www.dgvn.de

**Verantwortlich**  
Dr. Beate Wagner, Generalsekretärin  
**Redaktion**  
Frank Kürschner-Pelkmann,  
Ulrich Keller

**Gestaltung**  
Michael Adrian



Die EINE-WELT-PRESSE erscheint in der Regel einmal jährlich und befasst sich jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt. Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.  
ISSN 1614-5437

Klimaneutral gedruckt

